

Sehr geehrter Herr Ramette,

wir bekamen seitens der CDU die Anfrage zu steigenden Gewaltbereitschaft in Krankenhäuser und Verwaltung.

Anbei unsere Antworten zu den jeweiligen Fragen. Melden Sie sich gerne bei Fragen.

Anfrage der CDU:

aufgrund der steigenden Gewaltbereitschaft – wie auch zurzeit aktuell den Medien zu entnehmen ist - stellt die Gewährleistung der Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Gesundheitseinrichtungen – wie z. B. in Krankenhäusern – eine immer größer werdende Herausforderung dar. Daher sind wir der Auffassung, dass hier dringend Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Sicherheit aller Beschäftigten zu gewährleisten.

Aus vorgenannten Gründen bitten wir die Verwaltung um Beantwortung nachfolgender Fragen:

1. Welche Daten und Informationen liegen der Stadt über Vorfälle von Gewalt im öffentlichen Dienst –konkret an Krankenhäusern -vor?

2. In welchen Einrichtungen sind die Probleme vorwiegend beobachtet worden?

Die **Cellitinnen** (St. Petrus und St. Josef) melden insbesondere in der Zentralen Notaufnahme (ZNA) wiederholte Vorfälle. Die Häufigkeit liegt auf einem vergleichbaren Niveau wie in den Vorjahren. Auch in anderen patientennahen Bereichen treten gelegentlich verbale oder körperliche Übergriffe auf.

Helios berichtet, dass tätliche Übergriffe in ihrem Haus glücklicherweise weiterhin selten vorkommen. In den wenigen bekannten Fällen handelte es sich überwiegend um Eskalationen im Umfeld von Patient:innen, etwa innerhalb von Familien oder zwischen Begleitpersonen. Angriffe, die sich direkt gegen Mitarbeitende richteten, stellten die Ausnahme dar.

Agaplesion berichtet, dass Im Jahr 2024 über die etablierten Meldewege acht Vorfälle von Gewalt gemeldet wurden. Im Jahr 2025 wurde eine freiwillige und anonyme Mitarbeiterbefragung zum Thema Gewalt durchgeführt. Die Ergebnisse weisen auf eine höhere Dunkelziffer hin. Gewaltvorfälle wurden schwerpunktmäßig von der Zentralen Notaufnahme, der Intensivstation/Intermediate Care Station und von den peripheren Stationen gemeldet.

3. Welche Arten von Gewalt (z. B. körperliche Angriffe, verbale Übergriffe, Bedrohungen) sind am häufigsten?

Die **Cellitinnen** berichten, dass es am häufigsten verbale Übergriffe sind. Darunter befinden sich Beschimpfungen, Bedrohungen und Beleidigungen. In Einzelfällen kam es zu körperlichen Übergriffen, wie z. B. Schubsen, Kratzen, Anspucken oder Schlägen. Alkohol- und Drogenkonsum sowie psychische Ausnahmesituationen zählen dabei zu den Hauptauslösern.

Die **Helioskliniken** berichten, dass im vergangenen sowie im laufenden Jahr vorrangig verbale Übergriffe verzeichnet wurden. Diese gehören, wie in vielen Krankenhäusern bundesweit, leider zum Berufsalltag und werden über unser internes Beschwerde- und Meldesystem regelmäßig erfasst. Eine statistische Auswertung erfolgt nicht, da es sich häufig um subjektiv empfundene Situationen

handelt, die nicht immer eindeutig klassifizierbar sind. Systematisch dokumentierte Fälle tätlicher Gewalt gegenüber Mitarbeitenden liegen uns derzeit nicht vor.

Agaplesion berichtet, dass die durchgeführte Mitarbeiterbefragung ergeben hat, dass überwiegend verbale Gewalt im Arbeitsalltag auftritt. Diese Form der Gewalt zeigt sich unter anderem durch verschiedene Arten der Abwertung. Zudem wurde von einigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern das Auftreten von physischer und sexualisierter Gewalt angegeben

4. Welche Maßnahmen wurden bisher ergriffen, um Gewalt gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Krankenhäusern zu verhindern?

Die Cellitinnen verfolgen einen ganzheitlichen Ansatz mit strukturellen, technischen und edukativen Maßnahmen.

Dazu zählen u. a.:

- freiwillige Deeskalationstrainings für Mitarbeiter
- sicherheitstechnische Optimierungen in der ZNA wie Sicherheitsglas, verschließbare Türen, festmontiertes Mobiliar
- Schnittschutzhandschuhe für die sichere Durchsuchung potenziell gefährlicher Personen
- Notfallbutton am DECT-Telefon, der bei Gefahr ein definiertes Einsatzteam alarmiert

Die Helioskliniken setzen zur Gewaltprävention auf ein umfassendes Maßnahmenpaket. Dazu gehören definierte Alarm- und Interventionsketten sowie regelmäßige Schulungsangebote zu Deeskalation und Selbstschutz. Sowohl bei Neubauten als auch im laufenden Betrieb wurden bauliche und strukturelle Schutzvorkehrungen getroffen – darunter Rückzugsräume für Mitarbeitende sowie gut zugängliche Alarmpunkte zur schnellen Hilfeanforderung bei kritischen Situationen.

Agaplesion verfügt über eine interdisziplinäre Projektgruppe und hat ein umfassendes Präventionskonzept zur Prävention, Intervention und Nachsorge von Gewaltereignissen erstellt und entwickelt dieses kontinuierlich weiter. Beispiele für Maßnahmen:

- **Baulich-Technische Maßnahmen:** Der Schutz vor Gewalt fließt in die regelmäßigen Arbeitssicherheitsbegehungen sowie die Bauplanung ein. Umgesetzt sind u.a. (elektronische) Zugangsbeschränkungen, Notfallknöpfe in definierten Bereichen und abschließbare Rückzugs- / Schutzräume für das Personal, Videoüberwachung in definierten Bereichen
- **Organisatorische Maßnahmen:** Gewaltprävention als Bestandteil der regulären Gefährdungsbeurteilungen, Vermeidung von Alleinarbeit, Festlegung eines Notfallplans, Definition eines Meldewege und von Abläufen zur Aufarbeitung von Gewaltereignissen, Etablierung einer internen Anlaufstelle als Ansprechpartner für das Thema Gewalt und die Koordination der Aufarbeitung von Gewaltmeldungen, Bereitstellung eines Leitfadens für Akutbetreuung von Betroffenen und Informationen zu verschiedenen internen und externen Unterstützungsangeboten (medizinisch, psychologisch, seelsorgerlich, rechtlich, sonstige), regelmäßiger Kontakt zur BGW
- **Personelle Maßnahmen:** Ausbildung Deeskalationstrainer, Ausbildung Ansprechpartner Interne Anlaufstelle (noch nicht abgeschlossen), Sensibilisierung der Führungskräfte, Bereitstellung diverser Informationsangebote über verschiedene Kommunikationskanäle (z.B. Onboarding, schriftliches Gewaltpräventionskonzept, Online Lernplattform), Interne Workshops / (Deeskalations-)Trainings (in Planung)

5. Gibt es spezielle Programme oder Initiativen, die in den Einrichtungen installiert wurden, um Gewalt zu reduzieren?

Die Cellitinnen berichten, dass neben den baulichen und technischen Schutzmaßnahmen auf regelmäßige interne Schulungen zur Deeskalation gesetzt wird, sowie auf strukturierte Fallnachbesprechungen bei Vorkommnissen. Ziel ist es, Risiken frühzeitig zu erkennen und präventiv zu handeln.

Die Helioskliniken berichten, dass aktuell das strukturierte Schulungsprogramm „SiNA“ (Sicherheit und Notfallmanagement), das auf die Reduktion von Gewalt durch Qualifizierung in den Bereichen Deeskalation, Gefahrenwahrnehmung und Eigenschutz abzielt, implementiert wird. Darüber hinaus befasst sich eine interne Arbeitsgruppe kontinuierlich mit dem Thema Gewaltprävention und entwickelt die Schutzkonzepte fortlaufend weiter.

Agaplesion berichtet, dass im Jahr 2024 im AGAPLESION Konzern die Initiative "AGA gegen Gewalt – Hinschauen und Handeln" ins Leben gerufen wurde. Damit verbunden sind innerhalb des Konzerns regelmäßige Arbeitsgruppen, Austauschformate sowie weitergehende Angebote. Davor wurde das Thema Gewaltprävention bereits in einem regionalen Projekt behandelt.

6. Welche Zusammenarbeit besteht seitens der Verwaltung mit z. B. der Polizei und anderen einzubindenden Institutionen, um die Gewalt in Krankenhäusern zu vermeiden?

Die Cellitinnen berichten, dass bei akuten Vorfällen eng mit der Polizei zusammengearbeitet wird. Über die Notrufnummer 110 ist in der Regel eine schnelle Einsatzbereitschaft gewährleistet. In Einzelfällen werden auch soziale Dienste oder seelsorgerische Ansprechpartner hinzugezogen.

Die Helioskliniken berichten, dass ein gezielter Austausch mit der Polizei stattfand, insbesondere mit dem zuständigen Ansprechpartner für Gewaltprävention. Dieser Dialog verlief sehr konstruktiv und liefert wertvolle Impulse für weitere Präventionsansätze.

Agaplesion berichtet, dass für akute Bedrohungslagen eine Alarmierungskette definiert ist. Bei Bedarf können die Polizei oder ein Sicherheitsdienst hinzugezogen werden. Das Gewaltpräventionskonzept verweist auf verschiedene Institutionen und Hilfsangebote, die Mitarbeiter nach einem Gewaltereignis unterstützen.

Stellungnahme der Polizei:

Das Phänomen „Gewaltdelikte in Krankenhäusern“ lässt sich mittels der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) zwar in der Entwicklung über die vergangenen Jahre darstellen, jedoch ist eine Unterscheidung danach, wer Opfer war, anhand der Statistik nicht möglich. Die Zahlen beinhalten somit sowohl Angriffe auf das Pflegepersonal und die Ärzte aber auch Angriffe auf die eingesetzten Polizeibeamtinnen und -beamte sowie Angriffe, die auf Patienten getätigt wurden.

Unter Gewaltdelinquenz fasst die PKS folgende Delikte zusammen: Mord, Totschlag und Tötung auf Verlangen, Vergewaltigung, sexuelle Nötigung und sexueller Übergriff im besonders schweren Fall einschl. mit Todesfolge, Raub, räuberische Erpressung und räuberischer Angriff auf Kraftfahrer, Körperverletzung mit Todesfolge, Gefährliche und schwere Körperverletzung, Verstümmelung weiblicher Genitalien, Erpresserischer Menschenraub, Geiselnahme, Angriff auf den Luft- und Seeverkehr (vorsätzliche einfache) Körperverletzung. Letzteres macht das Gros der Seite 2 von 4 Delikte aus.

Erfasste Örtlichkeit aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (Tabelle 600) <u>Krankenhaus / Sanatorium</u>		
	KPB Wuppertal	Stadt Wuppertal
Jahr	Gewaltdelikte*	Gewaltdelikte*
2024	42	21
2023	50	28
2022	46	17
2021	43	14
2020	58	16
2019	51	26

Wie Sie der Statistik entnehmen können, ist - zumindest in der Stadt Wuppertal - ein deutlicher Rückgang der Delikte in den Corona-Jahren zu erkennen. In der gesamten Kreispolizeibehörde - also zusammen mit den Städten Remscheid und Solingen - fällt der Rückgang nicht ganz so deutlich aus. Möglicherweise ist der Rückgang darauf zurück zu führen, dass die Krankenhäuser in dieser Zeit nicht frei zugänglich waren. Hier kann man jedoch nur spekulieren. Ein stark ansteigender Trend lässt sich in den ausgewerteten 6 Jahren jedenfalls nicht erkennen.

Folgende Stellungnahme gab die Polizei zur Kooperation zwischen Krankenhäusern und der Polizei Wuppertal ab:

Eine Kooperation im formalen Sinne gibt es zwar nicht, jedoch hat das Kriminalkommissariat Kriminalprävention/Opferschutz aus einigen Krankenhäusern Anfragen zu Sicherheitsthemen wie Einbruchschutz, Verhinderung von Diebstählen und Verhaltensprävention erhalten.

Bei Eingang einer Anfrage hat das Kriminalkommissariat Kriminalprävention/Opferschutz jeweils individuell zu der angefragten Problematik persönliche Beratungsgespräche vor Ort durchgeführt und dem Thema entsprechend auf passende Netzwerke oder technische/bauliche Veränderungen verwiesen. Das entsprechende Informationsmaterial wurde ausgehändigt.

7. Welche Präventionsprogramme sind derzeit in Krankenhäusern installiert, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über Gewalt und deren Folgen aufzuklären?

Wurde bzw. wird hierzu die Studie der Krankenhausgesellschaft NRW e.V. hinzugezogen (<https://www.sicherimdienst.nrw/gewalt-und-gewaltpraevention-im-krankenhaus>)?

Die Cellitinnen berichten, dass die Studie „Gewalt und Gewaltprävention im Krankenhaus“ der KGNW bekannt ist. Ihre Erkenntnisse werden bei der Weiterentwicklung der internen Präventionsmaßnahmen berücksichtigt.

Die Helioskliniken berichten, dass die Studie der Krankenhausgesellschaft NRW e. V. bislang nicht aktiv in unsere Maßnahmenplanung einbezogen wurde.

Agaplesion berichtet, dass als Grundlage des Gewaltpräventionskonzepts vorrangig die konzerninternen Vorgabedokumente, die Arbeitsergebnisse der internen Projektgruppe und das Konzept zum professionellen Deeskalationsmanagement nach ProDeMa dienen. Der Leitfaden und weiteren Informationsmaterialien der KGNW sind bekannt und werden für die Weiterentwicklung des Konzepts herangezogen.

8. Welche Unterstützung erhalten die Einrichtungen von der Stadt, um mit gewalttätigen Vorfällen umzugehen?

Das Gesundheitsamt wird mittels regelmäßig stattfindenden Videokonferenzen und persönlichen Gespräche zusätzliche Bedarfe erfragen und wo notwendig Kontakte zu anderen Behörden oder unterstützenden Stellen aufnehmen um den Kliniken zur Seite zu stehen.

9. Gibt es seitens der Stadt weitere Planungen, um die Gewalt im öffentlichen Dienst in Krankenhäusern zu bekämpfen und die Sicherheit aller zu gewährleisten?

Die Stadtverwaltung hat im Jahr 2023 ein Konzept zur Gewaltprävention verwaltungsweit ausgerollt. (Siehe Anhang 1 und 2)

Berücksichtigt wird darin das Aachener Modell zur Gewaltprävention. Es ist Grundlage für entsprechende Gefährdungsbeurteilungen.

Je nach Ergebnis der Gefährdungsbeurteilung wurden Maßnahmen ergriffen, welche die Sicherheit des Arbeitsplatzes erhöhen.

Dazu gehörten organisatorische, technische und persönliche Maßnahmen, ebenso wie der Einsatz von Sicherheitsdiensten und Handlungsempfehlungen.

Die Mitarbeitenden in gefährdeten Bereichen erhalten regelmäßig – zum Teil jährlich – Schulungen zur Deeskalation und Gewaltprävention.

Dafür wurden im vergangenen Jahr 130.510 € aus dem Budget des BGM aufgewendet.

Ebenfalls zum Konzept gehören Sanktionen für Personen, die aggressiv oder übergriffig in den Räumlichkeiten der Stadt aufgetreten sind.

Das Konzept wird außerdem von einer Kommunikationskampagne begleitet.

Für die Nachsorge steht der externe Dienstleister EAP Assist bereit.

Die Psycholog*innen und Ärzt*innen können entweder individuell von den Mitarbeitenden kontaktiert werden oder sie betreuen vor Ort ganze Teams oder betroffene Gruppen.

Die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme besteht 24/7 – also rund um die Uhr.

Im Fall der Messerattacke im Haus der Integration 2022 waren sie mehrere Tage für Gespräche zur Nachsorge vor Ort.

Jeder gemeldete Vorfall / Übergriff gilt als Arbeitsunfall und wird dementsprechend auch behandelt.

Krankenkassen bieten dazu probatorische Sitzungen für die betroffenen Personen.

Zurzeit werden alle Mitarbeitenden der Stadt zu möglichen Gewalterfahrungen im Dienst befragt.

Damit erhoffen wir uns eine gute Datenbasis, aufgrund derer wir noch passgenauer Unterstützungs- und Schutzmaßnahmen steuern können.

Außerdem wurde in der Haushaltsanmeldung der Bedarf für gewaltpräventive Trainings berücksichtigt.

Zum Schutz der Mitarbeitenden wird ein Alarmierungssystem genutzt.

Für die Bundesbahndirektion wird es ein zusätzlich eigenes Konzept zur Gewaltprävention geben, um die Mitarbeitenden in diesem stark frequentierten Bereich zu schützen.